

Niederschrift

BaMo/008/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 24.11.2021

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied - bis 18:12 Uhr
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Guido Scholz	CDU	
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Mahmoud Tahmaz		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat - bis 18:45 Uhr

Vertreter:

Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied - Vertretung für Claudia Reinke
Herr Christian Heeke	CDU	Vertretung für Herrn Heiko Isfort
Herr Manoharan Murali	SPD	Vertretung für Frau Anna-Lena Storm

Verwaltung:

Frau Milena Schauer		Beigeordnete
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Dr. Jochen Vennekötter		Betriebsleiter TBR
Frau Claudia Kurzinsky		Produktverantwortliche Hochbau
Frau Cornelia Bauer		Mitarbeiterin Hochbau
Herr Thomas Roling		Produktverantwortlicher Mobilitäts- und Verkehrsplanung
Herr Matthias van Wüllen		Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Rüdiger Elbers		Mitarbeiter Ordnungsbehörde
Frau Andrea Mischok		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Anna-Lena Storm	SPD	Sachkundige Bürgerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Herr Brauer die Verpflichtung von Herr Guido Scholz für den Bau- und Mobilitätsausschuss vor.

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Herr Brauer nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Herr Beckmann erklärt, dass die Mitglieder der CDU den Tagesordnungspunkt 11 - Marode Sandsteinmauer im Salinenpark – von der Tagesordnung absetzen möchten, da noch Klärungsbedarf bestehe. Weiter stellt Herr Brauer den Antrag, den Tagesordnungspunkt 16 – 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Rheine vom 7.11.2016 – von der Tagesordnung, aufgrund der Ankündigung der CDU-Fraktion, im Jahr 2022 keine Straßen nach KAG auszubauen, abzusetzen. Herr Brauer lässt über beide Anträge abstimmen. Die Änderungen werden einstimmig angenommen. Ferner weist er darauf hin, dass die Niederschrift der letzten Sitzung noch nicht vorliege und deshalb der entsprechende TOP – Niederschrift - abgesetzt werden müsse.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung am 27.10.2021

Da die Niederschrift noch nicht vorliegt, wurde dieser Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Informationen der Verwaltung

Frau Schauer erläutert nachfolgende Informationen.

Stadt Rheine
-Rol -

20.11.2021

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 24.11.2021

Salzbergener Straße (Kreuzherrenweg – Kreisverkehr Bentlage)

Verkehrszählung von Fußgänger –und Radfahrer-Querungen

Im Zuge der Umbauplanungen des Streckenabschnittes der Salzbergener Straße sind am 09.11.2021 und 11.11.2021, jeweils von 7.30 Uhr bis 9.30 Uhr und von 11.30 Uhr bis 15.00 Uhr Verkehrszählungen durchgeführt worden, um die Stelle ausfindig zu machen, an der der größte Querungsbedarf von Fußgängern und Radfahrern besteht. Die Uhrzeit ist in Abstimmung mit der Kita-Leitung St. Gertrud gewählt worden, da der Zeitraum die Bring- und Abholzeiten bzw. Stoßzeiten der Kita abdeckt. Diese Zeit entspricht nicht der allgemeinen verkehrstarken Zeit. Mit dieser Zählung sollten vielmehr die Verkehrsdaten aus 2010 verifiziert und die Stoßzeit der Kita berücksichtigt werden.

Die aktuellen Daten sollen somit weiteren Aufschluss darüber bringen, an welcher Stelle die Platzierung einer geplanten Fußgängersignalanlage erfolgen sollte. Seitens der Verwaltung und des Straßenbaulastträgers Straßen NRW ist bislang der Bereich der Sandkuhle vorgesehen gewesen. In einigen Anregungen seitens von Bürgerinnen und Bürgern und der Politik ist der Bereich des Kreuzherrenweges vorgeschlagen worden.

Es ist in drei Abschnitten gezählt worden, wobei sich in allen Abschnitten der Nachmittag (11.30 Uhr bis 15 Uhr) als am stärksten belastetes Zeitintervall in Bezug auf die Querungen herausstellte.

09.11.2021

1. Kreuzherrenweg	gesamt:	16 Personen
2. Sandkuhle	gesamt:	8 Personen
3. Kreisverkehr, westl. Furt	gesamt:	28 Personen

11.11.2021

1. Kreuzherrenweg	gesamt:	13 Personen
2. Sandkuhle	gesamt:	19 Personen
3. Kreisverkehr, westl. Furt	gesamt:	13 Personen

In 2010 sind im Zuge einer Überprüfung zur Einrichtung einer Fußgängersignalanlage ebenfalls Zählungen erfolgt. Damals ist für die Zählung der Zeitraum von 15.00 Uhr bis 19.00 Uh. Dieses Zeitfenster wird i.d.R. bei Verkehrszählungen

angewendet, da hier die Zeitspanne einer hohen allgemeinen Verkehrsbelastung liegt, was die unterschiedlichen Mengen beim Vergleich der Daten deutlich macht.

05.10.2010

- | | |
|--|----------------------------|
| 1. zwischen Kreuzherrenweg und Sandkuhle: | gesamt: 35 Personen |
| 2. zwischen Sandkuhle und Stoverner Str.: | gesamt: 75 Personen |
| 3. zwischen Stoverner Str. und Kreisverkehr: | gesamt: 74 Personen |
| 4. westliche Mittelinsel Kreisverkehr: | gesamt: 120 Personen |

Fazit

Auch wenn die Querungszahlen etwas diffus sind, werden in der aktuellen Zählung die Zahlen aus 2010 ein Stück weit bestätigt, bei denen sich auch der Bereich Sandkuhle als am stärksten belasteter Querungsabschnitt herausgestellt hatte.

Vor Ort konnte auch beobachtet werden, dass sich die Fußgänger und Radfahrer entsprechend der Verkehrslücken auf der Salzbergener Straße eine geeignete Querungsstelle ausgesucht hatten. Dies spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Zahlen an den verschiedenen Tagen wieder.

Auch wenn in der Zählung aus 2021 der Unterschied zwischen der Anzahl der Querungen an den Stellen Kreuzherrenweg und Sandkuhle nicht sehr deutlich wird, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen weiterhin an der Sandkuhle die Fußgängersignalanlage zu installieren.

Diese Stelle liegt in etwa mittig des Straßenabschnittes, so dass ein gutes Erreichen dieser Stelle aus verschiedenen Richtungen gewährleistet ist. Somit haben die Fußgänger, ob sie aus dem Bereich des Kreuzherrenweges kommen oder der Sandkuhle, die Option eine nahegelegene sichere Querungsstelle zu erreichen, so dass die Akzeptanz und die gebündelte Nutzung dieser geplanten Fußgängersignalanlage gewährleistet ist.

Im Auftrag

Roling

Stadt Rheine
-Rol -

20.11.2021

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 24.11.2021

LSA Friedrich-Ebert-Ring / Heinrich-Lübke-Straße

Ausfall der Lichtsignalanlage

Bearbeitungsstand Antrag CDU/Grüne „Erhöhung der Verkehrssicherheit Kreuzung Heinrich Lübke Str./Fried.-Ebert-Ring/Am Kleinbahnhofe

Für den Knotenpunkt Friedrich-Ebert-Ring / Heinrich-Lübke-Straße, bei dem die Lichtsignalanlage seit längerer Zeit ausgefallen ist, konnte zwischenzeitlich ein Büro (Planungsbüro Hahm, OS) mit der Untersuchung der Verkehrssituation beauftragt werden.

Erste Ergebnisse liegen nun vor. Das Büro kommt zu dem Fazit, dass die defekte Lichtsignalanlage insgesamt zurückgebaut werden kann. Für die sichere Querung des nicht motorisierten Verkehrs sollte eine Querungshilfe beibehalten werden.

Die Untersuchungsergebnisse werden dem Bau- und Mobilitätsausschuss in der Sitzung am 03.02.2022 zur Beratung vorgestellt werden.

Im Auftrag

Roling

Stadt Rheine

-meyo -

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 24.11.2021

Ergänzung Maßnahmenliste zum Straßen- und Wegekonzept – Abschnitt Straßenbeleuchtung

Im Bau- und Mobilitätsausschuss vom 25.03.2021 wurde das Straßen- und Wegekonzept für den Abschnitt Straßenbeleuchtung (Vorlage 122/21) beschlossen. Die zugehörige Maßnahmenliste wurde am 06.05.2021 beschlossen (Vorlage 209/21).

In Vorbereitung der turnusmäßigen Wartung und dem damit einhergehenden Tausch der Leuchtmittel haben die Stadtwerke angemerkt, dass die am Kreisverkehr Elter Straße/ Hemelter Straße/ Surenburgstraße derzeit eingesetzten Natriumdampfniederdrucklampen nicht mehr produziert werden.

Die Stadtwerke schlagen daher einen Tausch gegen im Stadtgebiet übliche –modernere- Leuchten vor.

Den Tausch bieten die Stadtwerke der Stadt Rheine zu ortsüblichen Standardpreisen an. Die verwendeten Materialien sind weitestgehend Lagerware der Stadtwerke. Der Tausch betrifft insgesamt 16 Leuchten.

Die Umsetzung dieser Maßnahme wird seitens der Stadt Rheine für sinnvoll erachtet, so dass sie im Rahmen des Konzeptbestandteiles 1) d) „Tausch weiterer veralteter Leuchten“ im Jahr 2021 berücksichtigt werden soll.

Das Angebot für den Leuchtentausch beläuft sich auf etwa 13.000 €. Die finanziellen Mittel stehen auch unter Berücksichtigung der noch zu beauftragenden und beschlossenen Maßnahmen für das laufende Jahr unter dem Projekt 53014-545 zur Verfügung.

Die Stadt Rheine möchte deshalb die Arbeiten beauftragen.

Im Auftrag

Meyer-Osten

2.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Herr Elbers erläutert nachfolgende Information.

Herr Beckmann erklärt, dass er Anfragen aus dem Stadtteilbeirat für Herrn Elbers habe. Er sei gefragt worden, ob eine zusätzliche Warnleuchte Ecke Reidstraße/Bergstraße installiert werden könne. Der Stadtteilbeirat habe ihm eine weitere Gefahrenstelle Ecke Binsenweg/Schnepfenweg gemeldet und auf die unbefriedigende Parksituation hingewiesen. Beim Fuß- und Radweg, der von der Barbarastraße bis zur Walburgastraße gehe, werde angeregt, einen Spiegel für Radfahrer zu installieren, damit diese die ankommenden Pkws besser sehen können. Herr Beckmann bittet dies zu prüfen.

Herr Schaper erklärt, dass man vor einiger Zeit einen Infostand zur Verkehrssicherheit gehabt habe, wo Bürgerinnen und Bürger hierzu befragt wurden. Die Anregungen seien ausgewertet worden, wobei man jetzt die Zusammenfassung an Frau Schauer für die Straßenverkehrsbehörde zur Bearbeitung weiterleiten möchte.

Herr Schröder weist darauf hin, dass es im Bereich Hues Ecke in den Abendstunden gerade nach 20:00 Uhr zu massiven Parkproblemen komme, da viele Kurzzeitparker sich nicht an das Parkverbot dort halten. Diese Situation bringe auch für den ÖPNV massive Probleme mit sich.

Herr Elbers erklärt, dass man die Situation an dieser Stelle kenne, wobei der Bereich sporadisch kontrolliert werde. Er werde versuchen, noch zusätzliche Kontrollen durchführen zu lassen, was mit dem Personalstand nur bedingt möglich wäre. Herr Elbers weist darauf hin, dass die Straßenverkehrsbehörde Anzeigen zu Ordnungswidrigkeiten auch von den Verkehrsbetrieben entgegen nehme, die dann schnellstmöglich bearbeitet werden.

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

Änderung der An- und Abfahrtregelung im Bereich des Aldi-Marktes an der Salzbergener Straße

Es hat eine Ortsbegehung mit den Mitgliedern des Arbeitskreises Verkehr stattgefunden. Bei diesem Ortstermin wurde festgestellt, dass kein Handlungsbedarf besteht. An der nördlichen Zufahrt (Nähe Volksbank) besteht ein Einfahrverbot und die Vorgabe, beim Ausfahren nach rechts (stadtauswärts) abbiegen zu müssen (Unmittelbar links neben der Ausfahrt befindet sich ein Fußgängerüberweg.). An der südlichen Zufahrt (Höhe Lichtwerbung) kann eingefahren und nach links bzw. rechts ausgefahren werden.

Errichtung eines Zebrastreifens oder einer Querungshilfe an der Salzbergener Straße (in Höhe des Elsa-Brändströmweges)

Im Gebiet der Stadt Rheine werden generell nur in begründeten Einzelfällen Fußgängerüberwege angelegt. Bei der Prüfung derartiger Anträge wird besonderes Augenmerk auf die Fußgänger- und Kraftfahrzeugfrequenz gelegt. Bekannterweise eignen sich Fußgängerüberwege u. a. dort nicht, wo lediglich vereinzelt Fußgänger die Fahrbahn queren. Hier besteht die Gefahr, dass es

zu Unfällen kommen kann, die in der Regel zu Lasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer (Fußgänger etc.) gehen.

Aktuell wird die Fahrbahn in diesem Bereich nur vereinzelt von Fußgängern und Radfahrern gequert. Zudem bestehen ausreichende Sichtbeziehungen zwischen Kraftfahrern und Fußgängern / Radfahrern, die die Fahrbahn überqueren möchten.

Die Installation einer Querungshilfe (Mittelinsel) wäre grundsätzlich zulässig, kann allerdings nicht verwirklicht werden, da die Fahrbahn nicht über eine entsprechende Breite verfügt.

Aus den vg. Gründen liegen aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde aktuell die Voraussetzungen für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen nicht vor.

Diese Situation wird sich allerdings voraussichtlich nach Inbetriebnahme der neuen Elsa-Brändström-Schule ändern, weil dann sicherlich die Anzahl der Fußgängerquerungen steigen wird.

Im Auftrag

Rüdiger Elbers

3. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Sachstandsbericht, Änderung zum Maßnahmenkatalog, Fortschreibung des Rahmenplans (594) Vorlage: 621/21

Frau Schauer verweist auf die Vorlage und erklärt kurz deren Inhalt. Sie erklärt, dass man die Fortschreibung selber durchführen werde, wobei man sich in einzelnen kleinen Bereichen Hilfe holen werde, wie z. B. wenn es um das Layout gehe etc. Der Entwicklungsprozess sei schon sehr weit fortgeschritten und viele Punkte auch schon diskutiert. Aufgrund dessen sei die Komplettbegleitung eines externen Büros nicht nötig. Nach der Bestandsanalyse werde man parallel wieder in eine Bürgerbeteiligung mit allen Beteiligten einsteigen, wobei man sich im Nachgang mit der Zielsetzung und den Handlungsfeldern befassen werde. Die Verwaltung schlage deshalb vor, den Prozess der Konzeptentwicklung nicht im Bau- und Mobilitätsausschuss (BaMo) sondern im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz (StUK) durchzuführen, wobei der BaMo zum späteren Zeitpunkt, bei der Konkretisierung der Projekte, wieder involviert sei. Frau Schauer weist darauf hin, dass geplant sei, den Förderantrag Mitte 2023 einzureichen. Man müsse allerdings mit der Bezirksregierung klären, ob man sofort ein großes Projekt anmelden solle oder ob dies erst im darauffolgenden Jahr Sinn mache.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine (Rat) folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zum Rahmenplan Innenstadt und den Ablaufplan zur Fortschreibung des Rahmenplans zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in der Anlage 1 rot gefärbten Maßnahmen des Rahmenplans Innenstadt dem laufenden Städtebauförderprojekt zu entnehmen und diese zum Gegenstand der Fortschreibung des Rahmenplans zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Gymnasium Dionysianum - historischer Franke-Bau Brandschutz und Barrierefreiheit Variantenuntersuchung Vorlage: 611/21

Frau Schauer erklärt, dass man im Jahr 2019 das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie mit der Frage vorgestellt habe, ob die Maßnahme überhaupt so fortgeführt werden könne. Man habe nach dem Grundsatzbeschluss die Fachplaner eingeschaltet und somit festgestellt, dass noch mehr Dinge angefasst werden müssen, was zur Folge habe, dass man mit der ursprünglichen ersten Kostenkalkulation festgestellt habe, dass man den Kostenrahmen nicht mehr halten könne. Frau Schauer weist darauf hin, dass jetzt eine sehr tiefgehende Kostenschätzung vorliege und die Verwaltung vorschlage, mit diesem Ursprungsentwurf weiterzuarbeiten und in die Planung zu gehen. Frau Schauer weist darauf hin, dass man Alternativen geprüft habe, man aber sehe, dass das Thema Brandschutz und Barrierefreiheit voll und umfänglich aufgearbeitet und umgesetzt werden müsse.

Nachfolgend erläutert Frau Kurzinsky die Planung. Sie erklärt, dass man 2017 mit der Planung in Bezug auf die Barrierefreiheit begonnen habe und 2019 den Brandschutz ergänzen musste. Bei einer Brandverhütungsschau wurde festgestellt, dass die baulichen Rettungswege nicht ausreichend angelegt seien. Weiter erläutert sie den Zustand der Barrierefreiheit und die Probleme, die es gebe, diese verschiedenen Bereiche miteinander zu verbinden. Sie weist darauf hin, dass man von den 4 Varianten die Variante 4 als die sinnvollste favorisiere. Man liege im Moment bei der Kostenschätzung in Höhe von 3,8 Mio. Euro, wobei die Kosten vom Architekten schon sehr weitreichend ermittelt wurden.

Herr Schaper erklärt, dass die Mitglieder der SPD die Variante 4 bevorzugen. Es freue sie, dass in diesem Rahmen auch die Barrierefreiheit hergestellt werde, um inklusiven Unterricht ermöglichen zu können. Er weist darauf hin, dass die Bauarbeiten für die Barrierefreiheit und den Brandschutz schon parallel durchgeführt werden sollten, damit der Schulbetrieb so gering wie möglich belastet werde. Herr Schaper erklärt, dass es weiter von Vorteil sei, wenn die Aula wieder einer größeren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werde, da ein Mangel an Räumen in Rheine bestehe, die für mehr als 200 Personen zugelassen seien.

Herr Beckmann erklärt, dass auch sie der Vorlage zustimmen werden. Man habe sich mit den Mehrkosten von netto 900.000,00 Euro sehr schwer getan, wobei man sagen müsse, dass es sich zum damaligen Zeitpunkt um eine absolute Grobschätzung der Kosten gehandelt habe.

Man werde für dieses Schule Barrierefreiheit erhalten und den Brandschutz ertüchtigen, wobei aber ganz klar sein müsse, dass andere Gebäude und Schulen aufgrund dieser Investition nicht vernachlässigt werden dürfen.

Herr Meier fragt, ob die Aula auch an den Fahrstuhl angeschlossen sei und wie in einem Brandfall die Evakuierung mobilitätseingeschränkter Menschen vorgenommen werden könne.

Frau Kurzinsky erklärt, dass die Aula angeschlossen sei. Die Rettung mobilitätseingeschränkter Personen müsse durch geeignete Maßnahmen wie z. B. Rettungstühle erfolgen, da der Aufzug im Brandfall nicht benutzt werden dürfe.

Herr Meier möchte wissen, ob in der Brandverhütungsschau die Evakuierung von Menschen mit Behinderung auch ein Thema sei.

Frau Jaske erklärt, dass grundsätzlich Brandverhütungsschauen durch die Feuerwehr durchgeführt werden und es zudem wiederkehrende Prüfungen durch die Mitarbeiter der Stadt gebe. Grundsätzlich habe man für solche Gebäude ein genau abgestimmtes Evakuierungskonzept, welches auch entsprechend überprüft werde.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung, dass am Gymnasium Dionysianum im Rahmen der Maßnahme Brandschutz und Barrierefreiheit im historischen Franke-Bau die Variante 4 Grundlage der weiteren Planung ist und baulich umgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Umstufung einer Teilstrecke der K 57 (Wadelheimer Chaussee) Vorlage: 614/21

Herr Roling fasst die Thematik der Vorlage kurz zusammen.

Herr Kleene möchte wissen, ob man mit den eingeplanten Beträgen auskomme und ob es richtig sei, dass für die Anlieger keine Kosten anfallen werden. Außerdem möchte er wissen, ob es ab der B 70 Richtung Wadelheim dann einen Fahrradweg geben werde.

Herr Roling erklärt, dass der I. und II. Bauabschnitt außerhalb der Ortslage liege und keine Anliegerbeiträge anfallen werden. Im III. Abschnitt, bei einer möglichen, zurzeit allerdings noch nicht geplanten Deckenerneuerung, werden auch keine Beiträge erhoben werden, wenn man die heute gültige Gesetzeslage anwende. Zum Streckenabschnitt von der Brücke B 70 bis zur Kita erklärt Herr Roling, dass es erste Überlegungen gäbe, diesen zu erneuern und mit einem einseitigen Geh-/ und Radweg zu versehen.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt das vorgesehene Umstufungsverfahren einer Teilstrecke der K 57 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung – entsprechend der Ausführungen zum Umstufungsverfahren – die Vereinbarung mit dem Kreis Steinfurt zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Kommunales Modulares Mobilitätskonzept - KOMM

Sachstand zum Modul „Nahmobilität / Radverkehrskonzept“ des „Kommunalen Modulare Mobilitätskonzeptes KOMM“

Vorlage: 606/21

Frau Schauer erklärt, dass es hier um einen Teil des Mobilitätskonzeptes KOMM gehe und fasst die Thematik des Radverkehrskonzeptes kurz zusammen. Sie erklärt, dass man über Jahre gehende Projekte habe, aber auch solche, die in einem Jahr abgeschlossen seien. Um in einen guten Fluss zu gelangen, werde man neue Maßnahmen sammeln und im Arbeitskreis Radverkehr vorbesprechen, um diese dann im Bau- und Mobilitätsausschuss beschließen zu lassen.

Herr Roling stellt einige Maßnahmen exemplarisch vor.

Herr Murali erklärt, dass sechs von sieben Anregungen schon für das nächste Jahr geplant seien. Damit mache man einen weiteren Schritt in Richtung fahrradfreundliche Stadt und fördere den Nutzen von klimaneutralen Fahrzeugen. Herr Murali weist darauf hin, dass die Mitglieder der SPD dem Beschlussvorschlag gerne folgen und ihm zustimmen werden.

Herr Schomaker erklärt, dass die Mitglieder der UWG den Plan für 2022 gerne um einen Punkt erweitern möchten. Man habe im März 2020 einen Antrag bezüglich einer 30-iger-Zone im Bereich Humboldtstraße/Altenrheiner Straße eingereicht, wo vom Arbeitskreis Verkehr zugesagt wurde, dass diese Maßnahme in den Verkehrsentwicklungsplan mit einfließen werde. Aus ihrer Sicht sei dies noch nicht geschehen, deshalb möchten sie bitten, die Maßnahme im Jahr 2022 zu berücksichtigen.

Frau Schauer erklärt, dass für eine solche Umsetzung immer bauliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Man habe sich das gesamte Stadtgebiet genau angesehen und werde einen Vorschlag machen, wie das Verkehrsnetz zukünftig aussehen solle und wo man sich Veränderungen vorstellen könne, um Tempo 30 km/h einzurichten. Danach müsse für die zeitliche Umsetzung eine Einteilung vorgenommen werden, wonach man unterscheide, wo die Voraussetzungen für die Straßen bereits schon heute vorliegen, wo man mit kleineren Maßnahmen die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen schnell schaffen könne und als dritte Unterscheidung, wo dies nur mit einer größeren Umbaumaßnahme der jeweiligen Straßen von statten gehen könne. Frau Schauer erklärt, dass man nur so ein Strategie- und Handlungskonzept erhalte, welches dann auch nachvollziehbar sei. Sie weist darauf hin, dass man sich für mehr Fahrradstraßen in Rheine entschieden habe und im nächsten Jahr schon die Kopernikusstraße zur Fahrradstraße umbauen werde. Es sei geplant im Jahr 2023 die nächste Straße, vielleicht auch zwei Straßen, zu Fahrradstraßen auszubauen. Zur Anfrage von Herrn Schomaker erklärt Frau Schauer, dass der Punkt nicht vergessen sei und im Rahmen der Netzplanbetrachtung mit beurteilt werde, wobei dann auch das Ergebnis dem Bau- und Mobilitätsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Frau Schauer erklärt, dass man heute das Radverkehrskonzept beleuchte und die von Herrn Schomaker angefragt Straße vielleicht sogar auch als Radverkehrsstraße und nicht nur als Tempo-30-Zone, in Frage käme.

Herr Brauer weist darauf hin, dass an der Ampelanlage Bahnhofstraße/Dutumer Straße neue Radartaster installiert werden sollen. Nach seinem Kenntnisstand sei der Taster nur nachts in Betrieb, da tagsüber die Ampelanlage automatisch geschaltet sei. Er wolle nur darauf aufmerksam machen, dass die Betätigung eines Schalters an der Stelle keinen Sinn mache. Die jetzige Regelung des „Rundumgrüns“ in den Fußgängerfurten habe zum Vorteil, dass man als Radfahrer oder Fußgänger die Straße dann auch diagonal queren könne.

Herr Schürmann erklärt, dass man sich im Frühjahr die Ampelanlage auf einem Sonntagvormittag angesehen habe, wo man festgestellt habe, dass es nach jedem Pkw-Umlauf einen Fußgänger-Umlauf gegeben habe, ohne das dort irgendetwas auf der Kreuzung passiere. Selbst wenn dort kein Pkw gestanden habe, wurde die Ampel für Pkws grün geschaltet.

Herr Kleene weist darauf hin, dass die Schaltung für die Fußgänger vor Jahren so eingeführt worden sei. Der Hintergrund sei gewesen, dass dort immer wieder viele Berufsschüler kreuzen müssen, sodass die Ampelschaltung für Fußgänger so sinnvoll sei. Wenn die Ampelanlage automatisch schalten würde, sei es sinnvoll, ein Schild „Bitte nicht drücken“ anzubringen. Weiter erklärt Herr Kleene, dass z. B. in Münster fast 60 % der Kreuzungen für Fahrradfahrer und Fußgänger gleichzeitig geschaltet seien. Er fände es sinnvoll, wenn man dies auch in Rheine versuche, da es aus seiner Sicht eine gute Lösung sei.

Herr Moritzer frage sich, wenn die Pkws eine Schleife als Auslöser haben, warum man nicht generell die Ampelanlage für die Fußgänger immer auf „Grün“ lasse und erst wenn ein Pkw die Schleife überfährt, der Fußgänger „Rot“ und der Pkw dann „Grün“ bekomme. Er finde, dass es für Radfahrer und Fußgänger einer klaren Regelung bedarf.

Herr Roling erklärt, dass man die Signalanlagen grundsätzlich verkehrsabhängig schalte, wofür, zur jeweiligen Anforderung der Verkehrsströme auch Taster, Schleifen oder Kameras vorhanden seien müssen. Denn auch wenn die automatische Freigabe der Rad- und Fußgängerfurten bei Kfz-Anforderung erfolge, gebe es verkehrsschwache Zeiten oder das Nachtprogramm in der die Taster bedient werden müssten. Es kann bei einem Ausfall von Schleifen vorkommen, dass ein Programm auch in fester Reihenfolge ablaufe, wie von Herrn Brauer und Herrn Schürmann vorgetragen. Dies würde geprüft werden. Die Signalanlagen sollten in Rheine grundsätzlich verkehrsabhängig gesteuert werden, da dies die Verkehrsqualität steigern. Falls eine solche Steuerung nicht vorläge, wäre es anzustreben dies zu ändern.

Herr Jansen erklärt, dass er die Anregung von Herrn Moritzer überprüfungswert halte, da es immer wieder mal an bestimmten Stellen Schwierigkeiten mit zu schnellem Fahren gebe und dies eine gute Möglichkeit sei, dies auszubremesen.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass es in Rheine noch viele nicht verkehrsabhängig geschaltete Ampeln gebe. Er regt an, sich die Ampelanlagen mit ihren Phasen noch einmal anzusehen, damit unnötiges Warten vermieden werde.

Beschluss:

- I. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die Anregungen 1 bis 7 (siehe Anlage 4 und 5) in die Maßnahmenliste (Anlage 6) aufzunehmen.
- II. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Sachstand zum Modul „Nahmobilität / Radverkehrskonzept“ des „Kommunalen Modularen Mobilitätskonzeptes KOMM“ zur Kenntnis und beschließt die in der Anlage 6 dargestellte Maßnahmenliste für das Jahr 2022.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Verkehrssicherheit in Rheine - Antrag CDU und FDP vom 20.10.2021
Vorlage: 617/21

Herr Beckmann erklärt kurz die Zusammenhänge des Antrags.

Herr Brauer fragt die Antragsteller, ob sie damit einverstanden seien, dass über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werde.

Dem Vorschlag von Herrn Brauer stimmen die Antragsteller zu.

Beschluss:

Zu 1.): Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, alle Ortsausgangsstraßen dahingehend zu überprüfen, ob zur Sicherheit im Straßenverkehr, hier insbesondere die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, Geschwindigkeitsbegrenzungen von 30 oder 50 km/h eingeführt, bzw. ausgeweitet werden können. Hierbei ist unter anderem auch die Positionierung der Ortsschilder zu überprüfen.

Zu 2.): Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung **im Rahmen der Fußverkehrschecks** mit den Elternvertretungen der Kindergärten und Schulen Kontakt aufzunehmen, damit diese weitere Gefahrenpunkte benennen können, die aus ihrer Sicht entschärft werden sollten.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Brückenerneuerung "Zum Hasenpohl"

Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 544/21

Beschluss:

Festlegung des Bauprogramms

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt – vorbehaltlich der Einplanung der erforderlichen Haushaltsmittel für das Jahr 2022 – für die Erneuerung der Brücke „Zum Hasenpohl“ über den Elter-Mühlenbach in Elte folgendes Bauprogramm:

Zum Hasenpohl (Brückenerneuerung)

a) Gründung:

- Tiefgründung in Form von Bohrpfählen

b) Unterbau:

- Widerlager mit U-förmigem Grundriss

c) Überbau:

- Rahmentragwerk aus Stahlbeton mit einer Stützweite von 6,80 m
- Abdichtung und Belag gemäß ZTV-Ing 7-1 und RIZ Dicht 3

d) Entwässerung:

- Ableitung des Oberflächenwassers über das Dach- und Längsgefälle in beidseitig angeordnete Straßenabläufe
- Entwässerung der Widerlager gemäß RiZ Was 7 mit Grundrohr

e) Absturzsicherung:

- Füllstabgeländer, h=1,10 m

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Marode Sandsteinmauer im Salinenpark
Vorlage: 613/21**

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**12. Verlegung des Geh- / Radweges "Am Dreeshof" - "Carl-Zeiss-Straße"
Vorlage: 565/21**

Frau Wellmann erklärt, dass in der Vorlage stehe, dass mit den Rodungen schon begonnen worden sei. Da es hierfür Ausgleichsflächen geben müsse, frage sie sich, wo dies festgelegt werde.

Frau Schauer erklärt, dass ein Bebauungsplan erstellt und eine Änderung im Flächennutzungsplan vorgenommen worden sei. Diese Flächennutzungsplanänderung sei von der Bezirksregierung genehmigt worden und der Bebauungsplan habe Rechtskraft. Im Rahmen dieses Bebauungsplanes seien Ausgleichsflächen festgelegt worden, welche man in der Begründung zum Bebauungsplan nachlesen könne.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Planungen zur Verlegung des Geh- / Radweges "Am Dreeshof" - "Carl-Zeiss-Straße" zur Kenntnis und stimmt der Maßnahme zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Erneuerung des Wirtschaftsweges Goldbergstraße
(Catenhorner Straße – Wellenbrink)
Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 609/21**

Beschluss:

Festlegung des Bauprogramms

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt für die Erneuerung des Wirtschaftsweges Goldbergstraße (Catenhorner Straße bis Wellenbrink) nachfolgendes Bauprogramm:

Goldbergstraße (Catenhorner Straße – Wellenbrink):

Es ist ein erneuerter Ausbau als Wirtschaftsweg geplant.

a) Fahrbahn/Bankett

Herstellung einer asphaltierten Fahrbahn mit Unterbau in einer Breite von 3,50 m mit einem 0,5 m bis 0,75 m breiten Bankett (Nordseite)

b) Randstreifen

Wiederherstellung der Randbereiche zwischen Fahrbahn und privaten Zufahrten (in Pflasterbauweise, Asphaltbauweise oder Schotter)

c) Entwässerung

Herstellung einer Entwässerungsrinne in 50 cm Breite südlich der Fahrbahn

Anlegung /Reaktivierung von Straßengräben in Teilbereichen nördlich der Fahrbahn in 1,50 m Breite

Einbau von Straßenabläufen/Einlaufschächten mit Anschluss an den Regenwasserkanal

d) Beleuchtung

energieeffiziente Leuchten mit einer Lichtpunkthöhe von 6 m in den bestehenden Leuchtenabständen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Umsetzungsplanung Baumneuanpflanzungen im Stadtteil Schotthock
Vorlage: 575/21

Frau Jaske erklärt kurz die Hintergründe zur bestehenden Vorlage. Sie erklärt, dass die Wünsche der Bürger abgewogen worden seien, wobei alle Änderungswünsche berücksichtigt werden konnten. Man könne sagen, dass alle Bäume, die vorgeschlagen wurden, auch gepflanzt werden können, bis auf eine Situation, in der ein Radweg betroffen war. Da noch ein Restbudget vorhanden sei, habe man hierfür noch zusätzliche Baumpflanzungen vorgesehen. Sie weist darauf hin, dass dieses Ergebnis jetzt vom Bau- und Mobilitätsausschuss bestätigt werden soll, damit die Bäume gepflanzt werden können.

Herr Kleene hoffe, dass weitere Stadtteile diesem Beispiel folgen werden und ob bei den zu pflanzenden Bäumen, die Möglichkeit von Mini-Regenrückhaltebecken mit überprüft werde.

Frau Jaske erklärt, dass alleine durch das Aufbrechen der Versiegelung Regen zurückgehalten werden könne. Auch habe sie sich mit Herrn Twesten die Baumstandorte in Bezug auf Mini-Regenrückhaltebecken angesehen. Herr Twesten habe eine Variante gefunden, die 2,5 m³ Wasser je Baum aufnehmen könne. Dafür habe man Mehrkosten zwischen 3.000,00 – 5.000,00 Euro je Baum ermittelt, so dass die Pflanzung eines Baumes zwischen 6.000,00 – 10.000,00 Euro kosten werde. Auch habe man sich, wenn dies gewünscht sei, drei Standorte, die von Starkregenereignissen betroffen seien, herausgesucht. Frau Jaske erklärt, dass es durchaus sinnvoll sei, mit dieser Maßnahme die Situation an der Bonifatiusstraße Höhe Hs. Nr. 25 - 27, Hs. Nr. 43 - 45 und 83 zu entlasten.

Herr Kleene beantragt, dies in die Beschlussfassung mit aufzunehmen.

Herr Beckmann erklärt, dass man mit dieser Maßnahme zwar 11 Parkplätze verliere, aber durch die Baumanpflanzungen den Schotthock definitiv aufwerte.

Herr Moritzer weist darauf hin, dass das Thema Mini-Regenrückhaltebecken nicht nur im Kontext Großregenereignisse, sondern auch mit dem Thema Schwammstadt zu sehen sei. Er sei der Meinung, dass man das Thema Schwammstadt, gerade auch mit den Regenrückhaltebecken für Bäume, gut vorantreiben könne. Es wäre schade, wenn man die Chance an der Stelle nicht nutzen würde.

Herr Nagelschmidt berichtet aus dem Stadtteilbeirat Schotthock, dass man sich, gerade auch im Hinblick auf die Verlängerung der Willibrordstraße bis zum Umspannwerk, noch mehr wünsche. Es sei aber mit der Bonifatiusstraße ein guter Anfang gemacht worden.

Herr Schaper erklärt, dass nicht nur die Verwaltung, sondern auch jeder Bürger in der Pflicht sei, für ein besseres Klima zu sorgen, wobei er nur an die versteinerten Vorgärten erinnern möchte. Er bittet darauf zu achten, dass heimische Bäume und Pflanzen angepflanzt werden, da diese dann auch kompatibel mit unseren einheimischen Insekten seien.

Frau Jaske erwidert, dass man schon darauf achte, heimische Bäume anzupflanzen. Allerdings sei es so, dass nicht für jeden Baum, der hier bei uns heimisch sei, die klimatischen Bedingungen noch optimal seien. Man müsse sich schon darauf einigen, dass man Bäume anpflanze, die den genannten Anforderungen standhalten können und auch langfristig eine Zukunft haben.

Herr Jansen erklärt, dass er sich den Vorrednern anschließen könne. Er weist jedoch darauf hin, dass noch viel folgen müsse. Es gebe noch viele Gebiete und Flächen, wo noch viel mehr geschehen müsse, wie z. B. Wiederaufforstung von Brachflächen.

Frau Wellmann fragt, in welchen Abständen die Maßnahme „Stadtbäume“ (1,00 Euro pro 1 Einwohner) umgesetzt werde und wer die Stadtteile bestimme, die zum Zuge kommen.

Frau Schauer erklärt, dass dieser Antrag ursprünglich als Einmalantrag eingebracht wurde, wobei sich alle Fraktionen einig darüber seien, dass 80.000,00 Euro hierfür dauerhaft in den Haushaltsplan eingebracht werden sollen. So werde man auch für das Jahr 2022 finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Zum Ablauf erläutert Frau Schauer, dass man Bereiche, die man angehen möchte, frühzeitig vorschlagen werde, da man einen Planungsvorlauf benötige, um die Bürgerinnen und Bürger mit beteiligen zu können. Man werde immer etwas Nachlauf haben, so dass die Haushaltsmittel für 2021 z. B. im Jahr 2022 ausgegeben werden können. Sie weist darauf hin, dass es einen politischen Beschluss gebe, dass vorrangig erst einmal Maßnahmen aus dem Masterplan Grün umsetzen werde.

Herr Brauer fasst zusammen und erklärt, dass drei Stellen auf der Bonifatiusstraße für Baumpflanzungen für das Experiment mit einem Mini-Regenrückhaltebecken in Frage kämen. Da dies im Beschlussvorschlag noch nicht berücksichtigt sei, sollte dieser hierum ergänzt werden, damit auch die Mehrkosten entsprechend im Haushalt veranschlagt werden können.

Frau Schauer ergänzt, dass man 15.000,00 Euro zusätzlich für das Anlegen der Mini-Regenrückhaltebecken veranschlagen müsse. Sollte es gelingen, mit dem Budget mehr Standorte auszustatten, werde man dies natürlich auch tun. Wie aus der Vorlage ersichtlich, könne der Betrag mit Restmitteln aus dem Budget, die man für dieses Jahr noch zur Verfügung habe, durchgeführt werden.

Herr Brauer lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

geänderter Beschluss:

I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I der Begründung aufgeführten Abwägungen und Beschlussvorschläge.

II: Festlegung der herzustellenden Baumstandorte und der Bepflanzung:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer II der Begründung aufgeführten Baumstandorte und die Angaben zur Bepflanzung.

Es wird Betrag in Höhe von 15.000,00 Euro für die Erstellung von mindestens drei Mini-Regenrückhaltebecken für Bäume bereitgestellt und im Haushalt veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**15. Widmung von Straßen (Südhoek, Im Lied, Nienbergstraße)
Vorlage: 608/21**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. 09.1995 (StrWG NRW - GV NRW S. 1028) in der zurzeit gültigen Fassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

- 1. Südhoek**
von Brückenstraße
bis Haus Nr. 24
- 2. Im Lied**
von Listweg
bis Nahrodder Straße
- 3. Nienbergstraße**
von Zeppelinstraße
bis Haus Nr. 63

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1.3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Rheine (Straßenbaubeitragssatzung) vom 7.11.2016
Vorlage: 365/21**

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**17. Teiljahresabschlussbericht 2020, Fachbereich 5, PG 52, 53, 56 und 57 und Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt
Vorlage: 584/21**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2020 für den Fachbereich 5 – Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie die Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**18. Berichtswesen 2021, Stichtag 31.10.2021 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt
Vorlage: 592/21**

Frau Jaske weist auf eine Korrektur auf Seite 2 hin, wo stehe, dass sich gegenüber der „Haushaltsplanberatung“ ergeben würde, was so nicht korrekt sei. Es müsse heißen, dass sich gegenüber dem „Berichtswesen zum 31.05.2021“ ergeben würde.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie zu den Sonderprojekten Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt mit dem Stand der Daten vom 31.10.2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**19. Beratung Stellenplan 2022, Fachbereich 5 - Planen und Bauen, PG 52, 53, 56 und 57
Vorlage: 512/21**

Herr Kleene erklärt, dass man dem Beschlussvorschlag soweit zustimmen könne. Allerdings frage man sich, ob mehr Stellen im Baubereich benötigt werden, um die erforderlichen Maßnahmen zeitorientiert abzuarbeiten. Die Mitglieder der SPD möchten wissen, wie viele Stellen bereits fehlen, unbesetzt seien und in naher Zukunft aufgrund von Rente und Pension frei werden. Weiter möchten sie wissen, ob Mitarbeiter in der Bauverwaltung fehlen und ob alle Stellen besetzt bzw. welche Stellen nicht besetzt seien. Herr Kleene erklärt, dass die Mitglieder der SPD Informationen um einen aktuellen Stand des Stellenplanes im Bereich der Bauverwaltung bitten. Auch stelle sich ihnen die Frage, ob befristete Stellen benötigt werden.

Frau Schauer erklärt, dass sie das Erste jetzt direkt beantworten und den Rest schriftlich nachreichen werde. Zur Frage ob die Stellen im Baubereich ausreichen, erklärt sie, dass dies eine sehr schwierige Frage sei, da es immer darauf ankomme, was man damit umsetzen möchte. Man habe dies gerade beim Radverkehrskonzept gesehen, wo man festgestellt habe, wenn man zwei Mitarbeiter mehr haben würde, man auch noch mehr umsetzen könne. Somit könne man die Frage nicht pauschal beantworten. Bezogen auf die Themen, die den Haushalt betreffen, könne sie sagen, dass der Mobilitätsbereich, insbesondere wenn es um ausbaupflichtige Straßen gehe, eng besetzt sei und man deshalb immer wieder Prioritäten setzen müsse. Sie weist darauf hin, dass es im Hochbau schwieriger aussehe, wobei sie davon ausgehe, dass die Maßnahmen, die im Haushaltsplanentwurf enthalten seien, mit dem derzeitigen Personal nicht zu schaffen seien. Sie erklärt, dass dies auch daran liege, dass zwei Stellen unbesetzt seien, die man nicht im ersten Anlauf nachbesetzen konnte. Diese Stellen seien noch einmal ausgeschrieben worden, obwohl man auch hier noch nicht wisse, ob diese besetzt werden können. Natürlich habe man einen Generationenwechsel, der in den nächsten Jahren anstehe, wo auch nicht sicher sei, ob jede Stelle nachbesetzt werden könne. Frau Schauer erklärt, dass man im Moment mit Prioritätensetzung hierauf reagiere. Wenn man mehr Maßnahmen durchführen möchte, müssen andere Maßnahmen zurückgestellt oder aber entsprechend Personal aufgestockt werden. Frau Schauer erklärt, dass es nicht helfen werde, zwei neue Architektenstellen zusätzlich zu schaffen, da weiterhin für die zwei schon einmal ausgeschriebenen Stellen, Personal gesucht werde. Zudem müsse man bedenken, dass das Mehr an Aufgaben alle betreffe u.a. die Füh-

rungskräfte, die Mitarbeitenden und auch den Ausschuss, der letztendlich die Dinge verarbeiten müsse. Frau Schauer weist darauf hin, dass alle, die am Ablauf beteiligt seien, die Kapazitäten hierfür auch freihaben müssen.

Herr Kleene bittet um eine schriftliche Ausführung über notwendige Stellen in der Bauverwaltung, damit die entsprechenden Beantragungen von Stellen durchgeführt werden können. Er finde es wichtig, dass die bereits geplanten Baumaßnahmen und die, die noch in den nächsten Jahren kommen werden, dann auch ordnungsgemäß und zügig durchgeführt werden können.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass auch er die Belastung der Verwaltung sehe. Wenn man Prioritäten setze, habe man schon eine Konzentration auf das Wichtigste erreicht. Er weist darauf hin, dass die Stadt Rheine noch nie so viele Investitionsaufgaben, wie zurzeit, durchzuführen habe, was der politische Seite schon bewusst sei. Insofern denke er, dass man auch Aufgaben nach außen vergeben müsse, um voranzukommen. Man sei an einer Wegkreuzung, wo man sehr viel bedenken müsse, gerade auch im Hinblick auf die Digitalisierung, wofür auch wieder Personal zusätzlich benötigt werde.

Herr Jansen erklärt zum KW-Vermerk für Reinigungskräfte im Gymnasium Dionysianum, dass diese Leistungen durch Fremdreinigungen ersetzt werden sollen. Grundsätzlich werde dies in einem Dienstleistungs- bzw. Werkvertrag vergeben, wo mit Minutenvorgaben für die Arbeitsaufgaben gearbeitet werde. Er frage sich, ob es für eine Stadt gut aussehe, so etwas nach außen zu vergeben und ob es ein wirkliches Einsparpotenzial dadurch gebe. Herr Jansen bittet um eine kurze schriftliche Übersicht, wie sich die Situation finanziell darstelle und stellt den Antrag, das Thema „für und wider von Unterhaltsreinigungen“ im Ausschuss generell einmal zu thematisieren und politisch zu diskutieren.

Frau Schauer erklärt, dass es eine Beschlussfassung für die Einsparung von Mitteln gebe. Man sei sich bewusst, dass es immer Vor- und Nachteile geben könne. Sie erklärt, dass laut Auskunft der zentralen Gebäudewirtschaft die Fremdreinigungen günstiger seien, es aber auch Probleme in der Umsetzung geben könne.

Herr Brauer bestätigt, dass man das Thema, wie von Herrn Jansen angeregt, in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung nehmen und diskutieren möchte. Dann habe man mit einer Vorlage mehr Hintergrundinformationen als Diskussionsgrundlage.

Herr Schomaker erklärt, dass sich die Mitglieder der UWG bei der Beschlussfassung enthalten werden, da es noch Beratungsbedarf gebe.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – PG 52, 53, 56 und 57 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2022 zu übernehmen.
2. die nachstehenden bestehenden und zusätzlichen befristeten Stellen des Fachbereiches 5 – PG 52, 53, 56 und 57,

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monate
1	Vermessungstechniker/in	1,0 / EG 8	48
2	Bauverwaltung, Beitragsrecht	1,0 / EG 9b/A10	36
Summe		2,0	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
5 Enthaltungen

**20. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2022 - 2025 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt
Vorlage: 594/21**

Herr Schomaker erklärt vorab, dass die Mitglieder der UWG sich auch hier, aufgrund von vermehrtem Beratungsbedarfs, bei der Abstimmung enthalten werden.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 5 - Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie der Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
5 Enthaltungen

21. Anfragen und Anregungen

Herr Moritzer weist darauf hin, dass vor der Thie-Kapelle, stadtauswärts, Glascontainer aufgestellt worden seien. Er möchte wissen, ob man die Glascontainer anders verorten könne. In seiner zweiten Anfrage gehe es um den Bereich Marienstraße/Hörstkamp, wo ein Wendehammer erstellt werden soll. Allerdings stehe dort ein großer Baum. Herr Moritzer möchte wissen, ob dieser Baum erhalten bleibe oder ob dieser gefällt werde.

Herr Dr. Vennekötter nimmt die Anfragen zur Beantwortung mit.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass der ADFC angefragt habe, ob die Stadt Rheine als Arbeitgeber an einer Zertifizierung zum fahrradfreundlichen Arbeitgeber interessiert sei. Er erklärt, dass Frau Schauer die Kriterien hierzu zur Verfügung gestellt worden seien. Er möchte bitten, dass man in dieser Richtung von Seiten der Verwaltung tätig werde und bittet somit Frau Schauer um Unterstützung.

Frau Achterkamp berichtet von der Ampelanlage Rheiner Straße/Hassenbrockweg in Mesum, die mit einem akustischen Signal und auf den Gehwegen behindertengerecht umgebaut wurde. Leider sei zur Straße hin eine 3-4 cm hohe Kante eingebaut worden, weshalb sie von Senioren mit Rollatoren mehrfach schon darauf hingewiesen worden sei. Sie möchte darum bitte, bei weiteren Ampelumbauten darauf zu achten, dass keine Kanten mit eingebaut werden. Ihr sei schon klar, dass für diese Ampelanlage nicht die Stadt Rheine zuständig gewesen sei.

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin